Finanzielle Bildung in der Sekundarstufe I – Curriculare Verankerung und Herausforderungen

BIRGIT WEBER

Birgit Weber, Universität zu Köln, Department für Erziehungs- und Sozialwissenschaften, E-Mail: birgit.weber@uni-koeln.de

Zusammenfassung: Ob finanzielle Bildung in der Schule als Verbraucherbildung, ökonomische Bildung oder sozioökonomisch-politische Bildung konzipiert wird, ist für die Identifikation der relevanten Ziele und Inhalte bedeutsam. Der Beitrag diskutiert Nutzen und Grenzen solcher unterschiedlichen Verortungen als Ausgangsbasis für eine Curriculumanalyse der Sekundarstufe I im deutschen Schulwesen. Dabei werden zunächst die curricularen, auf die ökonomische Bildung bezogenen, von der finanziellen Bildung kaum zu trennenden Ziele ermittelt. Zudem werden die Verankerung des Kerns eines gegenwarts- und zukunftsbezogenen persönlichen Finanzmanagements identifiziert und darauf bezogene Kompetenzerwartungen zugeordnet. Abschließend wird dargelegt, welchen Herausforderungen eine finanzielle Bildung gerecht werden muss, die beansprucht, ausgewogen zu sein.

Summary: Whether financial education is conceived as consumer education, economic education or socioeconomic-political education is important for the identification of the relevant goals and content. The paper discusses the benefits and limitations of such different locations as a starting point for a curriculum analysis of lower secondary education in the German education system. The curriculum-based economic education-related goals, which are scarcely distinguishable from financial education and the anchoring of the core of present-day and future-oriented personal financial management will be identified and the related competence expectations shown. Finally, it outlines the challenges of financial education that demands balance.

- → JEL classification: A2, I22
- → Keywords: Financial education, financial literacy, consumer and economic education, curriculum analysis

Finanzielle Bildung zwischen Funktion und Hoffnung – einige einleitende Bemerkungen

Seit Leinert (2004) die Gefährdung privater Vorsorge als "finanziellen Analphabetismus" bezeichnete, wird alle Jahre wieder ein Mangel an ökonomischem und finanziellem Wissen konstatiert. Die Diagnose resultiert aus so unterschiedlichen Defiziten wie einem fehlenden Verständnis für ökonomische Begriffe wie Rendite, Humankapital oder Bruttoentgeltumwandlung, mangelnder Kenntnisse aktueller wirtschaftlicher Größen wie der aktuellen Inflationsrate, des Einkommenssteueranteils der obersten zehn Prozent der Einkommenssteuerpflichtigen, des durchschnittlichen Haushaltseinkommen oder unzureichenden Wissens der für die Preisstabilität relevanten Institutionen in der Eurozone oder auch der für Verkehrsunfälle zuständigen Versicherungen.

Nicht nur Verdachtsmomente finanziellen Analphabetentums, sondern auch die Analyse curricularer Verankerung finanzieller Bildung in der Schule bedürfen der Klärung, was unter finanzieller Bildung zu verstehen ist, welche Ziele mit ihr verfolgt werden und welche Inhalte relevant sind. Angesichts unterschiedlicher Verortungen sollen zunächst Struktur und relevante Inhalte finanzieller Bildung identifiziert werden. Im nächsten Schritt werden die aus einer umfassenden Curriculumanalyse der Sekundarstufe I im föderalen deutschen Bildungssystem ermittelten elementaren Ziele ökonomischer Bildung vorgestellt. Sie lassen erkennen, dass die gegenwärtige ökonomische Bildung deutlich über den Kern des persönlichen Finanzmanagements hinausgeht und eine allgemeine finanzielle Bildung sich kaum auf dieses beschränken lässt. Anschließend wird die Repräsentanz des persönlichen Finanzmanagements in unterschiedlichen Fächergruppen analysiert. Exemplarisch werden die dafür konkreten curricularen Kompetenzerwartungen aufgeschlüsselt. Sie verweisen auf eine noch nicht ausreichend geklärte Verortung finanzieller Bildung im Rahmen schulischer Bildungsziele. Die Herausforderungen werden abschließend diskutiert.

2 Finanzielle Bildung als Verbraucherbildung, ökonomische Bildung oder sozioökonomisch-politische Bildung

Finanzielle Bildung wird in unterschiedlichen Kontexten diskutiert, zum einen in der Verbraucherbildung, zum anderen in der ökonomischen Bildung und schließlich auch mit einer gewissen Skepsis aus einer sozioökonomisch, politischen Perspektive. Die Bedeutung der drei Kontexte für eine ausgewogene finanzielle Bildung wird im Folgenden als Basis für eine Curriculumanalyse diskutiert.

2.I Finanzielle Bildung – ein wichtiger Bestandteil der Verbraucherbildung

Es gibt gute Gründe, finanzielle Bildung als wichtigen Bestandteil der Verbraucherbildung zu begreifen. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse jetzt und in Zukunft unter Berücksichtigung ihrer finanziellen Ressourcen Entscheidungen treffen. Diese beziehen sich auf einzelne Produkte und Dienstleistungen, die aber auch den komplexen Bedarf des privaten Haushalts jetzt und in Zukunft berücksichtigen müssen. Dabei sind die künftigen Risiken nur begrenzt kalkulierbar. Demnach ließe sich finanzielle Bildung curricular von den relevanten gegenwarts- und zukunftsbezogenen Alltagsentscheidungen des persönlichen Finanzmanagements her konzipieren – dies wird gemeinhin als Financial Literacy bezeichnet. Dazu

28

gehören die Sorge für die Gegenwart durch den täglichen Umgang mit Geld, das Vorziehen von Konsum durch die Aufnahme von Krediten, die Vorsorge für die Zukunft durch die Versicherung gegen Lebensrisiken sowie Sparen für größere Anschaffungen in der Zukunft und die Geldanlage zur Sicherung des Lebensstandards oder zur Vermögensbildung. In ihrem Beschluss zur Verbraucherbildung benennt auch die Kultusministerkonferenz (KMK) (KMK 2013) für das Handlungsfeld "Finanzen, Marktgeschehen und Verbraucherrecht" als Themen: "Bewusster Umgang mit Geld", "Finanzprodukte, Geldanlage, Kreditformen", "Private Absicherung und Altersvorsorge" sowie "Werbung und Konsum" (KMK 2013: 5). In der Bezeichnung des Feldes werden zwar "Marktgeschehen" und "Verbraucherrecht" genannt, als eigenständige Inhalte werden sie jedoch nicht erwähnt. Finanzielle Bildung ist aber nur schwer vom gegenwärtigen und künftigen Bedarf an Gütern und Dienstleistungen zu lösen und damit ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der Verbraucherbildung. Würde finanzielle Bildung allerdings auf konsumbezogene Entscheidungen verengt, wird sie leicht zur reinen Produktkunde. Die Komplexität der finanziellen Bildung wird unterschätzt, wenn die Beziehungen zu anderen ökonomisch Agierenden, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, gesellschaftlichen Einflüssen und individuellen und gesellschaftlichen Folgen ausgeblendet werden.

2.2 Finanzielle Bildung – ein integraler Bestandteil ökonomischer Bildung

Für die Wirtschaftsdidaktik ist die finanzielle Bildung ein integraler Bestandteil ökonomischer Bildung, der nicht auf Verbraucherbildung beschränkt ist. Ochs und Steinmann (1978) hatten zentrale ökonomisch relevante Lebenssituationen identifiziert, von denen einige auch für das persönliche Finanzmanagement zentral sind. Mit Blick auf den Bereich Konsum sind dies vor allem der "Kauf von Konsumgütern und Dienstleistungen", "Anlage von Spargeldern/Abschluss von Versicherungen", mit Blick auf Arbeit "Stellung bei der Tarif- und Effektivlohnbildung [einschließlich Empfang von Sozialeinkommen]" (1978: 198).

Tzanova et al (2011) setzen an vier finanziellen Entscheidungsfeldern des persönlichen Finanzmanagements an: am täglichen Umgang mit Geld, sich versichern, Kredite aufnehmen und Vermögen bilden. Diese stellen für sie aber lediglich den Ausgangspunkt dar, um sie in einen größeren ökonomischen Rahmen einzubetten. Seeber et al. (2012) gehen von Lebenssituationen aus und differenzieren den "Verbraucher" als "Konsumenten", "Geldanleger", "Kreditnehmer" und "Versicherungsnehmer", strukturieren die wirtschaftlichen Rollen über die Kompetenzbereiche "Entscheidung und Rationalität", "Beziehungen und Interaktion" sowie "Ordnung und System" (2012: 89). Ihnen zufolge sind finanzielle Urteile und Entscheidungen nicht auf die wirtschaftlichen Rollen der Verbraucherinnen und Verbraucher beschränkt (Frühauf und Retzmann 2016). Die Oldenburger Wirtschaftsdidaktiker Kaminski und Friebel (2012) sowie Koch und Friebel (2015) konstruieren finanzielle Entscheidungen entlang der Sektoren des Wirtschaftskreislaufs zwischen den privaten Haushalten und Unternehmen, dem Staat und dem Ausland. Ergänzend wollen Loerwald und Stemmann (2016) den finanziellen Entscheidungsprozess durch Aufklärung über verhaltensökonomisch gewonnene typische Irrationalitäten verbessern.

Eine in die ökonomische Bildung eingebettete finanzielle Bildung geht also deutlich über Verbraucherbildung und Produktkunde hinaus, indem sie nicht nur die Beziehungen zu anderen wirtschaftlich Handelnden herstellt und den institutionellen ökonomischen Rahmen berücksichtigt, sondern auch finanzielle Transaktionen von Unternehmen und Staat und in internationalen Wirtschaftsbeziehungen verständlich machen will. Sie beschränkt sich nicht auf vergleichende Wahlentscheidungen, sondern zielt auf Verständnis für den ökonomischen Rahmen, für Inter-

essen- und Zielkonflikte sowie auf die wirtschaftliche Dynamik. Es bedarf der systemischen Einbettung finanzieller Bildung, um Entscheidungen nicht zu stark zu vereinfachen und die eigenen Fähigkeiten nicht zu überschätzen, so Aprea (2014), und um Verbraucherinnen und Verbraucher nicht durch kurzschlüssige Moralisierungen oder vorschnelle Schuldzuweisungen zu überfordern, so Krol (2015).

2.3 Finanzielle Bildung – nicht ohne sozioökonomische und politische Bildung

Während die Wirtschaftsdidaktik darauf aufmerksam macht, dass finanzielle Entscheidungen alles andere als trivial sind, verweist eine dritte, eher der finanziellen Bildung skeptisch gegenüberstehende Position darauf, dass neben der Verengung auf Messbares und Quantifizierbares in arbeitsteiligen Gesellschaften und auf dynamisch sich entwickelnden Märkten Laien kaum jemals das Wissen von Spezialisten entwickeln können. Dies bedingt Informationsasymmetrien und Machtungleichgewichte (vor allem Willis 2008). Zudem haben finanzielle Entscheidungen für einkommensschwache Haushalte, denen vor allem Askese abverlangt wird, oft schwerwiegende Folgen, da sie diskontinuierliche Einnahmen haben, begrenzt auf Rücklagen zurückgreifen können, von größeren Risiken betroffen sind, ihnen aus kleinen finanziellen Lücken schnell große Probleme erwachsen (können), persönliche Sicherheitsnetze aber fehlen (Willis 2008, Henchoz 2016). Angesichts der Komplexität finanzieller Entscheidungen, sozialer Heterogenität und Machtungleichgewichten stellt sich also immer auch die Frage nach dem angemessenen Verhältnis von Konsumentensouveränität und -schutz. Es bedarf der Abwägung, wie viel wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit den Einzelnen zugemutet werden kann und wie viel politischer Regulierung es zu ihrem Schutz bedarf (Willis 2008, Arthur 2016).

Wenn also finanzielle Bildung von gesellschaftlichen Entwicklungen – wie sozialem Wandel und sozialer Heterogenität – nicht abzukoppeln ist und Abwägungen zwischen individueller freier Entscheidung und politischer Regulierung erforderlich sind, muss finanzielle Bildung immer auch sozioökonomische politische Bildung sein. Dies erfordert Urteilsfähigkeit über Herausforderungen und Ausgestaltung der wirtschaftlichen Ordnung zwischen individuellen Risiken, privater Vorsorge und sozialer Sicherung. Nicht von ungefähr existiert staatliche Aufsicht für Märkte mit Vertrauensgütern, deren Leistung der Einzelne weder vor noch nach Vertragsabschluss letztendlich angemessen beurteilen kann. Deshalb versuchen die Anbieter nicht allein Vertrauen herzustellen, sondern Regulierung, Kosten- und Risikoverteilung auch zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Entsprechend greift eine finanzielle Bildung zu kurz, die sich auf individuelle finanzielle Entscheidungen im Rahmen der Verbraucherbildung oder einer engen ökonomischen Bildung beschränkt. Vielmehr bedarf es der Unterstützung durch Information, Beratung und politischen Schutz, um Schaden von den Einzelnen und der Gesellschaft insgesamt abzuwenden, so dass sich die Urteils- und Mitgestaltungsfähigkeit nicht auf den ökonomischen Rahmen beschränkt, sondern auch die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen hat.

Auf eine solche weite Einbettung verweist die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), für die Financial Literacy der privaten Haushalte als Schlüssel für das Funktionieren der Wirtschaft gilt: "Effective financial education and awareness campaigns help individuals to understand financial risks and products and thus take decisions better adapted to their personal circumstances. They help them understand the need for policy action and reform. Financial education also contributes to more efficient, transparent and competitive practices by financial institutions. Better educated citizens can also implicitly help in monitoring markets through their own decisions, and thus complement prudential supervision" (OECD 2009: 7 f.). Danach fungieren private Haushalte

Tabelle 1

Finanzielle Bildung als Verbraucherbildung, ökonomische und sozioökonomische Bildung

Entscheidungsfelder	Bedarf	Herausforderungen	Individuelle Ebene	Gesellschaftliche Ebene
Mit Geld umgehen	Belastung und Struktur des Budgets im Zeitablauf	Bargeldloser Zahlungs- verkehr Arbeitseinkommen	Haushaltsbuch Guthabenkontrolle	Kaufkraft Wettbewerb Verbraucherschutz/ -organisation Transfereinkommen Steuern
Sich versichern	Einschätzung von Lebensrisiken	Unter-/Über- versicherung Moral Hazard Soziale Sicherung	Versicherungs- vergleich	Private Vorsorge versus staatliche und gesetzliche Sozialversicherung Standard-/Basisprodukte versus freie Verträge Äquivalenz- und/oder Solidarprinzip
Kredite aufnehmen	Verzicht auf künftigen Konsum zugunsten der Gegenwart Investitionen zur Ausweitung künftiger Einkommen	Unterschätzung von Verschuldungsrisiken Verträge	Kreditvergleich Verzugszinsen Lohnabtretung Privatinsolvenz	Staatsverschuldung Schuldenkrisen
Vermögen bilden	Zeitliche Entkopplung von Konsum und Einkommen über die Lebensspanne	Kurzsichtigkeit hinsichtlich Altersvorsorge Anreizsysteme Transaktionskosten	Vergleich Geldanlagen (Risiken, Fristen, Erträge)	Geldpolitik Finanzmarktregulierung Inflation Vermögensverteilung

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach Tzanova et al (2011), Ochs und Steinmann (1978), Weber (2008), Kaminski und Friebel (2012), Koch und Friebel (2015), Seeber und Retzmann (2012).

als kritische Marktbeobachter, die den Bedarf an politischen Entscheidungen einschätzen müssen. Dieser Überlegung tragen auch sozialwissenschaftlich breitere Konzeptionen finanzieller Bildung Rechnung. So zielt etwa die auf Armutsprävention ausgerichtete finanzielle Allgemeinbildung Reifners (2003) auf Verbraucherschutz, Selbstbewusstsein und Kritikfähigkeit, während für Hippe (2011) gesundes Misstrauen und die Organisation von Gegenmacht bedeutsame Ziele darstellen.

Die wesentlichen Elemente einer finanziellen Bildung ergeben sich aus der Verbraucherbildung, der ökonomischen und sozioökonomischen Bildung. Ausgehend von den vier zuvor beschriebenen Entscheidungsfeldern des persönlichen Finanzmanagements sind der individuelle Bedarf sowie die gesellschaftlichen Herausforderungen zu reflektieren, die Entscheidungsfähigkeit auf der individuellen Ebene und Urteilsfähigkeit gegenüber politischer Gestaltung erfordern (Tabelle 1).

3 Curriculare Verankerung finanzieller Bildung in der Mittelstufe

Gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung wurde die Verankerung ökonomischer Bildung in der Sekundarstufe I in allen Bundesländern Deutschlands in ihren unterschiedlichen Ankerfächern untersucht (Weber 2018). Diese Daten bilden die Grundlage für die Analyse in diesem Beitrag.

Dazu wurden die Ergebnisse für die finanzielle Bildung gesondert und detailliert ermittelt. Dies wurde allerdings nicht allein durch die verschiedenen Ebenen finanzieller Bildung erschwert, sondern auch durch die unterschiedliche Verankerung der ökonomischen Bildung als ihres bedeutendsten Trägers. Je nach Schulform und Bundesland existieren für die ökonomische Bildung andere Ankerfächer, wie Wirtschaft (WW), Politik-Wirtschaft (PW), Arbeit-Wirtschaft-Technik (AWT), Politik-Sozialkunde (PSK) und Gesellschaftswissenschaften (GW), die sich in den letzten Jahren in ihrer strukturellen Zusammensetzung änderten wie kaum eine andere schulische Fächergruppe.

3.1 Allgemeine Ziele ökonomischer Bildung in der Sekundarstufe I

In der allgemeinen Curriculumanalyse wurden Relevanz, Inhalte und Kompetenzerwartungen der drei – von allen Wirtschaftsdidaktikern als relevant erachteten – Inhaltsfelder Konsum und Haushalt, Beruf-Arbeit-Unternehmen sowie Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik ermittelt. Über alle Fächergruppen hinweg ließen sich für die drei Inhaltsfelder 20 grundlegende curriculare Zielsetzungen ökonomischer Bildung identifizieren. Davon beziehen sich zwei auf das persönliche Finanzmanagement als finanzielle Bildung im engeren Sinne. Eine Vielzahl weiterer Ziele erfordert die Reflexion finanzieller Entscheidungen oder ihre Einbettung in einen weiteren ökonomischen und rechtlichen, aber auch sozialen und politischen Rahmen (Tabelle 2). Diese Ziele sind nicht in jedem Fach, in jeder Schulform und in jedem Bundesland gleichermaßen relevant. Dies resultiert auch aus dem verfügbaren Stundenanteil für die ökonomisch-politische Fächergruppe. So stehen den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern Geographie – Geschichte – Politik und Wirtschaft laut KMK (2014) insgesamt nur 16 Wochenstunden in der ganzen Sekundarstufe I zur Verfügung, wovon in den Bundesländern zumeist der kleinere Anteil auf die politisch-ökonomischen Fächer entfällt (Weber 2018).

Tabelle 2

Curriculare Zielsetzung ökonomischer Bildung

Felder	Ziele ökonomischer Bildung ¹	
Konsum und Haushalt	Konsumentscheidungen reflektierter treffen Beeinflussung von Konsumentscheidungen erkennen Mit Ressourcen im Haushalt planvoll umgehen Zukunftsbedürfnisse und Risiken angemessen berücksichtigen Ökologische und soziale Konsequenzen reflektieren Markt und Wettbewerb als Systemzusammenhang verstehen Verbraucherrechte kennen, Verbraucherpolitik beurteilen	
Beruf, Arbeit, Unternehmen	Individuelle Berufs- und Lebensperspektiven entwickeln und Berufswahlprozess planen Äußere Einflüsse auf die Berufswahl erkennen und Handlungsspielräume erweitern Begründete und informierte erste Berufswahlentscheidung treffen und Bewerbungsprozess angemessen gestalten Bedeutung, Funktion und Organisation von Unternehmen erklären Einzelne betriebliche Grundfunktionen beschreiben, organisieren, untersuchen sowie die Entstehung von Gewinn/Verlust erklären Unternehmerische Entscheidungen, Zielsetzungen und Handlungsspielräume unter ökonomischen, sozialen und ökologische Gesichtspunkten analysieren und beurteilen Arbeitsteilung erklären und beurteilen betriebliche Arbeitsplätze auf ihre Arbeitsbedingungen untersuchen und bewerten	

Fortsetzung Tabelle 2

Felder	Ziele ökonomischer Bildung ¹		
	Lohnbildung und ihre Einflussfaktoren aus unterschiedlichen Perspektiven beurteilen Wandel der Arbeitswelt verstehen, Auswirkungen beurteilen sowie mitgestalten		
Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik einschließlich sozialer, ökologischer, internationaler Entwicklungen	Wirtschaftliche Koordinationserfordernisse erklären, die eigene Position in Märkten reflektieren Aufgaben und Funktion von Märkten, Preisbildung, Wettbewerb erklären, Auswirkungen analysieren und beurteilen Wirtschaftssysteme vergleichen, Ziele und Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft erklären und Ergebnisse der Wirtschaftsordnung beurteilen Staatlichen Handlungsbedarf identifizieren sowie Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Intervention unter Berücksichtigung organisierter Interessen beurteilen Gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte erkennen, Ursachen identifizieren und Gestaltungsmöglichkeiten beurteilen Ökologische Auswirkungen ökonomischer Entscheidungen untersuchen Abwägungskonflikt identifizieren und Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten beurteilen Soziale Gestaltung der Wirtschaftsordnung hinsichtlich ihrer Erfordernisse und Ausgestaltung analysieren und beurteilen Wirtschaftliche Verflechtungen des regionalen Wirtschaftsraums über die europäische Integration bis zu den internationalen Beziehungen verstehen, Chancen und Risiken beurteilen sowie Einflussmöglichkeiten erkennen		

¹ Kursiv: Integration finanzieller Bildung in eine ökonomische und sozioökonomische Bildung im weiteren Sinne; fett: Finanzielle Bildung als persönliches Finanzmanagement im engeren Sinne; normal: Weitere Ziele ökonomischer Bildung, die auch für die finanzielle Bildung einen wichtigen Rahmen darstellen.

Quelle: Eigene Erhebung (2017) auf der Basis von Lehrplänen der Sekundarstufe I nach Bundesländern im Zeitraum 1997 bis 2017.

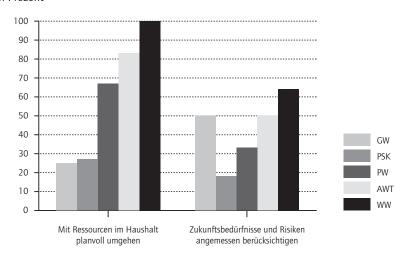
3.2 Curriculare Relevanz des persönlichen Finanzmanagements

Die oben ermittelten, den klassischen Feldern ökonomischer Bildung zugeordneten Ziele lassen erkennen, dass finanzielle Bildung sich kaum auf das persönliche Finanzmanagement beschränken lässt. Dennoch sind es gerade die beiden Ziele (a) mit Ressourcen im Haushalt planvoll umgehen sowie (b) Zukunftsbedürfnisse und Risiken angemessen berücksichtigen, die den Kern und Ausgangspunkt des persönlichen Finanzmanagements ausmachen. In der Mehrzahl der Wirtschaftsfächer – ob als eigenständiges Fach, ob als Arbeit-Wirtschaft-Technik oder auch als Fach Politik-Wirtschaft organisiert – wird das Ziel des planvollen Umgangs mit Ressourcen berücksichtigt. In den Fächergruppen Politik-Sozialkunde sowie Gesellschaftswissenschaften erscheint dieses Ziel dagegen unterbelichtet. Dies resultiert allerdings auch aus der Zuordnung der ökonomischen Bildung im nichtgymnasialen Bereich zum Lernbereich Arbeit-Wirtschaft-Technik. Die Auseinandersetzung mit den zukunftsbezogenen finanziellen Entscheidungen ist bislang allerdings in keiner Fächergruppe flächendeckender Standard (Abbildung I).

Abbildung 1

Curriculare Verankerung finanzieller Bildung in den Ankerfächern ökonomischer Bildung

In Prozent



GW = Gesellschaftswissenschaftliche Fächer, PSK = Politik/Sozialkunde, PW = Politik-Wirtschaft, AWT = Arbeit-Wirtschaft-Technik/Arbeitslehre, WW = Wirtschaftsfächer.

Quelle: Eigene gesonderte Erhebung aus der Curriculumanalyse (Weber 2017) auf der Basis der Lehrpläne der Sekundarstufe I in allen Bundesländern Deutschlands 2017.

3.3 Curriculare Kompetenzerwartungen des persönlichen Finanzmanagements

Gerade bei den Kompetenzerwartungen ergibt sich das Problem, sinnvolle operationalisierbare Ziele zu entwickeln, ohne der Gefahr zu erliegen, reine Produktkunde zu betreiben, reinem Funktionalismus zu frönen oder die Illusion zu nähren, für optimale Entscheidungen für komplexe Finanzprodukte befähigen zu können. In Tabelle 3 sind die Kompetenzerwartungen für das persönliche Finanzmanagement anhand von Beispielen aus den Lehrplänen konkretisiert.

Die Kompetenzerwartungen zeigen deutliche Unterschiede zwischen einer rein funktionalen Betrachtung ökonomischer Zusammenhänge (etwa Sozialkunde im Saarland, Wirtschaft in Niedersachsen), individueller Entscheidungsorientierung (Politik-Wirtschaft in Hessen, Wirtschaft und Recht in Thüringen) oder auch sozioökonomischer Urteilsfähigkeit (Politik in Nordrhein-Westfalen, Wirtschaft und Berufsorientierung in Baden-Württemberg). Im Gegensatz zu den Defiziten in den Fächergruppen wird aber auch deutlich, dass einzelne sozialwissenschaftliche Fächer ähnliche Zielsetzungen verfolgen wie rein ökonomische Fächer, während sich ein funktionaler, entscheidungs- oder urteilsorientierter Fokus nicht auf eine bestimmte Fächergruppe beschränkt.

Tabelle 3

Teilziele und Beispiele persönlichen Finanzmanagements in der Sekundarstufe I

Teilziele	Beispiele aus unterschiedlichen Curricula	
Funktionen des Geldes beschreiben und erläutern	Geldformen benennen, Funktionen des Geldes [] unterscheiden, Notwendigkeit des Kaufens mit Geld als Folge der Arbeitsteilung in einer komplexen Wirtschaft erschließen, die Notwendigkeit des Kaufs von Gütern gegenüber dem direkten Tausch darlegen (SL-SK-GY 2012) Funktionen des Geldes am Beispiel des Naturaltauschs diskutieren (NI-W-OS 2013).	
Haushaltsbedarfe (Einkommensquellen und -verwendung) analysieren und bewerten	Am Haushaltsbudget den Zusammenhang von Einkommen und Konsum, Sparen und Verschuldung und Notwendigkeit der Prioritätensetzung erkennen (HE-PW-GY 2010). Zusammenhang zwischen Einkommensentstehung und -verwendun erklären (NI-W-OS 2013).	
Zahlungsverkehr kennen und beherrschen	Veränderungen und rechtliche Rahmenbedingungen im Zahlungsverkehr erläutern (NW-P-RS 2011). Geeignete Zahlungsarten kriterien- und situationsbezogen auswählen (BY-WR-GY 2016).	
Chancen und Risiken von Privatkrediten beurteilen	Gefahrenquellen für eine Ver- und Überschuldung identifizieren, unterschiedliche Kreditformen [] vergleichen, Chancen und Risiken unterschiedlicher Kreditformen bewerten (NW-P-RS 2011). Gründe für und gegen die Aufnahme eines Privatkredits [] erörtern, Ursachen für Überschuldung und deren Folgen erläutern, Entscheidung zwischen Dispositionskredit und Ratenkredit rechnerisch begründen [], Kreditfähigkeit und Bonitätskriterien [] erläutern, Wirkung staatlicher Schutzvorschriften (Kreditwürdigkeitsprüfung, Insolvenzschutz) beurteilen, Interessen von Kreditgeber und -nehmer vergleichen und begründen (BW-WB-SI 2016).	
Spargründe reflektieren, Formen der Geldanlage unter Berücksichtigung von Zielkonflikten beurteilen	Verschiedene [] Geldanlagemöglichkeiten vergleichen, [] Anlagemöglichkeiten unter Vorgabe fiktiver Einkommens- und Vermögensverhältnisse beurteilen (TH-WR-GY 2012). Gründe für und gegen Sparen erörtern, Ziele einer Vermögensanlage (um Werteaspekte erweitertes magisches Dreieck: Sicherheit, Rentabilität und Liquidität) beurteilen (BW-WB-SI 2016).	
Notwendigkeit eigener Vorsorge unter Berücksichtigung von Risiken erkennen, Individual- und Sozialversicherung vergleichen	Notwendigkeit zusätzlicher privater Vorsorge beschreiben, unterschiedliche Vorsorgevarianten analysieren, verschiedene Formen privater Vorsorge hinsichtlich zentraler ökonomischer und sozialer Kriterien beurteilen, wirtschaftliche Entscheidungen hinsichtlich ihrer ökonomischen und ökologischen Rationalität, ihrer sozialen Verantwortbarkeit und Gemeinwohlverpflichtung, ihrer Wirksamkeit sowie ihrer Folgen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bewerten (NW-P-RS 2011). Wesentliche Schadensrisiken und deren Absicherung durch Individualversicherungen beschreiben (NI-W-OS 2013). Schutzfunktion des Staates erläutern, System der freiwilligen Versicherung und der Pflichtversicherung vergleichen, Problematik der Finanzierung von Versicherungen (Eigenverantwortung versus Solidarität) erläutern, Entscheidungen für Versicherungsprodukte im Hinblick auf das Individuum und das Gemeinwesen beurteilen (BW-WB-SI 2016).	
Bedeutung von Finanzdienstleistungsinstitutionen, Geld-, Kreditmärkten, Geldpolitik erkennen	Geschäftsbereiche von Kreditinstituten [] charakterisieren (TH-WRT-Rgs 2012). Bedeutung der Geldwertstabilität aus der Sicht unterschiedlicher Wirtschaftssubjekte insbesondere vor dem Hintergrund der Eigenschaften und Funktionen des Geldes einschätzen (BY-WR GY 2016).	

Quellen: BY-WR-GY 2016: Bayern, Wirtschaft-Recht, Gymnasium, 2016; BW-WB-SI 2016: Baden-Württemberg, Wirtschaft-Berufsorientierung, Sekundarstufe 1, 2015; HE-PW-GY 2010: Hessen, Politik-Wirtschaft, Gymnasium, 2010; SL-SK-GY 2012: Saarland, Sozialkunde, Gymnasium, 2012; NI-W-OS 2013: Niedersachsen, Wirtschaft, Oberschule, 2013; NW-P-RS 2011: Nordrhein-Westfalen, Politik, Realschule, 2011; TH-WR-GY 2012: Thüringen, Wirtschaft-Recht, Gymnasium, 2012; TH-WRT-Rgs 2012: Thüringen, Wirtschaft-Recht-Technik, Regelschule, 2012.

4 Herausforderungen einer ausgewogenen finanziellen Bildung

Auch wenn der finanziellen Bildung ideologiekritische Skepsis entgegengebracht wird (vor allem Willis 2008), da ihre Wirkung einer individuellen Entscheidungsverbesserung umstritten ist, sie vor allem von Finanzdienstleistern eingefordert wird und sie der Wirtschaftsdidaktik als Legitimation zur Stärkung ökonomischer Bildung dient, ist sie zweifellos sowohl für das Individuum als auch für die Gesellschaft bedeutsam.

Für das Individuum ist ein Grundverständnis finanzieller Beziehungen relevant für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit im Lebenslauf, für die Minderung der Folgen von Lebensrisiken, für die Prävention vor Armut und Überschuldung, für die Lebensstandardsicherung und für eine gesellschaftliche Teilhabe. Als Förderung von Entscheidungsfähigkeit stellt finanzielle Bildung somit eine Voraussetzung zur Wahrnehmung von Freiheit dar.

Für die Gesellschaft ist sie relevant für die Förderung der Vorsorgebereitschaft, für die Minderung von Folgekosten bei Überschuldung, für die Bereitstellung von Kapital für Produktivvermögen, für die Kompensation steigenden Sozialleistungsbedarfs beziehungsweise sinkender Sozialleistungsniveaus und für die Vermögensbildung zur Reduzierung von Ungleichheit. Finanzielle Bildung als gestaltungsorientierte Urteilsfähigkeit über die Rahmenbedingungen mindert entsprechend individuelle Überforderung.

Wie bei der Verortung finanzieller Bildung diskutiert, gibt es gute Gründe, finanzielle Bildung in die Verbraucherbildung einzubetten, um Entscheidungen nicht auf Quantifizierbares und Messbares zu beschränken. Sie bedarf aber auch der integrativen Einbettung in eine ökonomische Bildung, um Beziehungen zu anderen ökonomisch Handelnden, systemischen Rahmenbedingungen und den dynamischen ökonomischen Wandel angemessen zu deuten. Sie erfordert schließlich eine Verschränkung mit einer sozioökonomisch-politischen Bildung, um die Risiken ökonomischer Instabilität nicht (vollständig) zu individualisieren, einkommensschwachen Individuen nicht die alleinige Verantwortung für ihre Lebensumstände zuzuschreiben und Urteilsfähigkeit über Machtungleichgewichte und Informationsasymmetrien sowie Bedarf, Chancen und Grenzen der Regulierung zu fördern.

Nimmt finanzielle Bildung "Bildung" ernst, bewegt sie sich im Spannungsfeld zwischen Lebenssituationen, Wissenschaft und Bildung, die ihrerseits zwischen den Polen Tüchtigkeit und Emanzipation, Aufklärung und Kritik, Mündigkeit und Verantwortung zu verorten sind (Tabelle 4). Finanzielle Bildung zielt auf Tüchtigkeit als Befähigung zu angemessenen Entscheidungen über die Bedarfsdeckung des privaten Haushalts unter Berücksichtigung von Einkommensherkunft und -verwendung, des Zahlungsverkehrs, der Kreditaufnahme, der Einschätzung von Versicherungen zur Absicherung und Vorsorge sowie der Vermögensbildung. Finanzielle Bildung strebt Mündigkeit an als Befähigung zu selbstbestimmten ökonomischen Wahlentscheidungen zur Verfolgung eigener Interessen unter Vorbeugung von Selbstüberschätzung. Sie fördert Aufklärung als Verständnis der Beziehungen wirtschaftlich Agierender auf Märkten, aber auch der Möglichkeiten, Risiken zu den eigenen Gunsten zu beeinflussen sowie auch Urteilsfähigkeit über die Gestaltungsmöglichkeiten und Grenzen der Politik. Ebenso strebt finanzielle Bildung Verantwortung als Befähigung zur verantwortlichen Entscheidung für sich selbst und andere an, was die Beurteilung politischer Entscheidungen – möglicherweise auch die Korrektur eigener Präferenzen zum eigenen Schutz – einschließt. Sie zielt auf Kritik, um unseriöse Angebote und Verlockungen zu erkennen, Interessenkonflikte und ihre systemische Bewältigung zu verstehen, aber auch um

Tabelle 4
Finanzielle Bildung im Spannungsfeld der Bildungsziele

Tüchtigkeit	Bedarfsdeckung und Zahlungsverkehr Versichern Kreditaufnahme Sparen / Vermögensanlage	Lebenssituation zwischen	Lebensrisiken Wandel der Familie, der sozialen Sicherung, der Arbeitsverhältnisse Einkommensver- und umverteilung Verbraucher-, Sozial- und Wirtschaftspolitik	Emanzipation
Aufklärung	Agierende auf Finanz- und Geldmärkten Funktion und Dynamik von Märkten, auch international Zukunftsmärkte und Vertrauenseigenschaft Versicherungsmärkte und Moral Hazard Geld- und Finanzsystem	Wissenschaft zwischen	Heuristiken und Verzerrungen (Bias') finanzieller Entscheidungen Kritikfähigkeit gegenüber unseriösen Angeboten und Verlockungen Interessen- und Macht- ungleichgewichte zwischen Anbietenden und Nachfragenden	Kritik
Mündigkeit	Selbstbestimmte ökonomische Wahlentscheidungen zur Verfolgung eigener Interessen Gefahr der Überschätzung finanzieller Kompetenz	Bildung zwischen	Verantwortliche Entscheidungen im Interesse von Individuum und Gesellschaft Unterschätzung von Risiken und Zukunftsbedarfen (unsought goods)	Verantwortung

Quelle: Eigene Darstellung.

ihre politische Bewältigung zu beeinflussen. Schließlich lässt finanzielle Bildung *Emanzipation* nicht außen vor, in dem sie Lebensrisiken, den gesellschaftlichen Wandel hinsichtlich Familie, sozialer Sicherung und Arbeitsverhältnisse, die Einschätzung der Ver- und Umverteilung von Einkommen sowie die Beurteilung von Chancen und Grenzen von Verbraucher-, Sozial- und Wirtschaftspolitik einbezieht.

Eine nur auf das persönliche Finanzmanagement beschränkte finanzielle Bildung ignoriert Systemrisiken und schreibt die Verantwortung allein individuell zu. Eine auf ökonomische Systemund Funktionszusammenhänge beschränkte finanzielle Bildung ignoriert die soziale Heterogenität und die besonderen Herausforderungen einkommensschwacher Haushalte. Zu kurz greift aber ebenso eine vor allem der politischen Bildung verpflichtete finanzielle Bildung, da dem Individuum die Mitverantwortung für seine Lebensumstände nicht vollständig abgenommen werden und politische Regulierungen es nicht gänzlich vor vermeidbaren, misslichen und folgenreichen finanziellen Entscheidungen schützen kann.

Auf der Grundlage einer Curriculumanalyse habe ich vorgetragen, dass der Berücksichtigung relevanter Inhaltsfelder und ausgewogener Ziele finanzieller Bildung bereits heute Rechnung getragen werden kann, aber noch nicht durchgängig getragen wird. Die Forderung nach einem Fach Wirtschaft erscheint dabei häufig kurzsichtig. Während immer wieder eine hohe Korrelation von ökonomischem und finanziellem Wissen und Bildungsstand betont wird (jüngst Falk

2018), wird das Fach Wirtschaft – wenn auch im Lernbereich Arbeit-Wirtschaft-Technik – in nicht gymnasialen Schulformen weit häufiger angeboten als am Gymnasium. Dass die Integration finanzieller Bildung keine triviale Aufgabe ist, konstatieren auch Hurrelmann und Otto (2013): Sie sehen etwa "Vorsorge als eine Entwicklungsaufgabe des Jugendalters" (2013: 128), die nicht zuletzt angesichts voranschreitender "Entstrukturierung" (ebenda: 152) des Lebenslaufs heute viel bedeutender ist als bei den Vorgängergenerationen. Aber gleichzeitig muss ihnen folgend gerade mit Blick auf die Erwartung, in der Jugend fürs hohe Alter vorzusorgen, finanzielle Bildung sowohl "entwicklungsbedingten und lebensphasenspezifischen Perspektiven gerecht werden" (ebenda: 149) wie auch politischen Anforderungen an die Angebotsgestaltung und deren Kontrolle (ebenda: 150 f.).

Wie in dem Beitrag dargelegt, bedarf eine angemessene finanzielle Bildung sowohl zur Sensibilisierung für ihre Bedeutung, aber auch für ihre Glaubwürdigkeit neben einem ökonomischen Basisverständnis auch der Berücksichtigung gesellschaftlicher Entwicklungen und der Reflexion der politischen Gestaltbarkeit der Rahmenbedingungen.

Soll also eine ausgewogene finanzielle Bildung einen angemessenen Platz im Bildungswesen finden, benötigt die sozioökonomisch-politische Fächergruppe vor allem ein deutlich höheres Stundenvolumen als ihr gegenwärtig zugestanden wird.

Literaturverzeichnis

- Aprea, Carmela (2014): Finanzielle Allgemeinbildung. Entwurf einer bildungstheoretisch verankerten Konzeptualisierung. zeitschrift für didaktik der gesellschaftswissenschaften 2/2014, 68–89.
- Aprea, Carmela, Eveline Wuttke, Klaus Breuer, Noi Keng Koh, Peter Davies, Bettina Greimel-Fuhrmann und Jane S. Lopus (Hrsg.) (2016): International Handbook of Financial Literacy. Singapur.
- Arthur, Chris (2016): Financial Literacy Education as a Public Pedagogy: Consumerizing Economic Insecurity, Ethics and Democracy. In: Carmela Aprea et al. (Hrsg.): International Handbook of Financial Literacy, 113–125.
- Falk, Armin (2018): Ein großer Schatz an spannendem Wissen (im Interview mit Uwe Jean Heuser). Die Zeit, Nr. 7 vom 8. Februar 2018, 23.
- Frühauf, Felix und Thomas Retzmann (2016): Financial Literacy in Germany. In: Carmela Aprea et al. (Hrsg.): International Handbook of Financial Literacy, 263–276.
- Henchoz, Caroline (2016): Sociological Perspective on Financial Literacy. A Critical Examination of Three Assumptions Underlying Financial Literacy Programmes, In: Carmela Aprea et al. (Hrsg.): International Handbook of Financial Literacy, 97–112.
- Hurrelmann, Klaus und Annette Otto (2013): Vorsorge als Entwicklungsaufgabe des Jugendalters. In: Klaus Hurrelmann und Heribert Karch (Hrsg.): MetallRente Studie 2013. Jugend, Vorsorge, Finanzen. Von der Generation Praktikum zur Generation Altersarmut, 128-153.
- Kaminski, Hans und Stephan Friebel (2012): Arbeitspapier "Finanzielle Allgemeinbildung als Bestandteil der ökonomischen Bildung". Institut für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg. www.ioeb.de/sites/default/files/img/Aktuelles/120814_Arbeitspapier_Finanzielle_Allgemeinbildung_Downloadversion.pdf

- KMK Kultusministerkonferenz (2013): Verbraucherbildung an Schulen. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12.9.2013. www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2013/2013_09_12-Verbraucherbildung.pdf
- KMK Kultusministerkonferenz (2014): Vereinbarung über die Schularten und Bildungsgänge im Sekundarbereich I. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 3.12.1993 i.d.F. vom 25.9.2014. www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/1993/1993_12_03-VB-Sek-I.pdf
- Koch, Michael und Stephan Friebel (2015): Unterrichtseinheit finanzielle Allgemeinbildung. Institut für ökonomische Bildung an der Carl von Ossietzky, Universität Oldenburg, Oldenburg. www.handelsblattmachtschule.de/.../UE_Finanz-Allgemein_2015_final6.pdf
- Krol, Gerd-Jan (2015): Der originäre Beitrag der ökonomischen Bildung zur Verbraucherbildung. Unterricht Wirtschaft+Politik Heft 4, 47–51.
- Leinert, Johannes (2004): Finanzieller Analphabetismus in Deutschland: schlechte Voraussetzungen für eigenverantwortliche Vorsorge. Gesundheits- und Sozialpolitik.
 Zeitschrift für das gesamte Gesundheitswesen, 58 (3/4), 24–30.
- Loerwald, Dirk und Arne Stemmann (2016): Behavioral Finance and Financial Literacy.
 Educational Implications of Biases in Financial Decision Making. In: Carmela Aprea et al.
 (Hrsg.): International Handbook of Financial Literacy, 25–38.
- Ochs, Dietmar und Bodo Steinmann (1978): Beitrag der Ökonomie zu einem sozialwissenschaftlichen Curriculum. In: Eberhard Forndran et al. (Hrsg.): Studiengang Sozialwissenschaften. Zur Definition eines Faches. Düsseldorf, 186–223.
- OECD (2009): Financial Literacy and consumer protection. Overlooked Aspects of the Crisis. Juni 2009. www.oecd.org/finance/financial-markets/43138294.pdf
- Reifner, Udo (2003): Finanzielle Allgemeinbildung. Bildung als Mittel der Armutsprävention in der Kreditgesellschaft. Baden-Baden.
- Retzmann, Thomas und Günther Seeber (2016): Financial Education in General Education Schools: A Competence Model. In: Carmela Aprea et al. (Hrsg.): International Handbook of Financial Literacy, 9–23.
- Seeber, Günther, Thomas Retzmann, Bernd Remmele und Hans-Carl Jongebloed (2012): Bildungsstandards der ökonomischen Allgemeinbildung. Schwalbach/Ts.
- Tzanova, Polia, Maria Neubauer und Hans Jürgen Schlösser (2011): Finanzielle Bildung.
 Aus Politik und Zeitgeschichte, 12/2011, 21–27. www.bpb.de/apuz/33414/finanziellebildung?p=all
- Weber, Birgit (2008): Finanzielle Bildung. In: Reinhold Hedtke und Birgit Weber (Hrsg.):
 Wörterbuch ökonomische Bildung. Schwalbach/Ts., 124–126.
- Weber, Birgit (2018): Ökonomische Bildung in der Sekundarstufe I. Eine curriculare Analyse der Inhalts- und Kompetenzerwartungen. Working Paper. Köln (im Erscheinen).
- Willis, Lauren (2008): Against Financial-Literacy Education. Iowa Law Review, 94 (1), 197–285.